

**Rede
des Sprechers für Baupolitik**

Dirk Adomat, MdL

zu TOP Nr. 23a

Fragestunde

Sozialer Wohnungsbau in Niedersachsen

Anfrage der Fraktion der SPD – Drs. 18/1538

während der Plenarsitzung vom 14.09.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

der Wohnungsmarkt in Deutschland ist aus den Fugen geraten. Die Immobilienpreise und Mieten sind in den vergangenen Jahren in Niedersachsens Städten in einem irrwitzigen Tempo gestiegen. Wohnen ist für fast ein Drittel der Bevölkerung zu der entscheidenden sozialen Frage geworden.

Zwei Effekte haben zu dieser Lage geführt, nämlich der Rückgang der Bautätigkeit und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 – nach der viele Investoren und Kapitalanleger sichere Geldanlagen suchten und dabei den deutschen Wohnungsmarkt entdeckten

Anrede,

Sie alle kennen die Fälle: Da sind Menschen, die in einer WG wohnen, weil sie sich die Miete für eine eigene Wohnung nicht leisten können. Da sind die alten Ehepaare, die den Pflegefall des Partners auch deshalb fürchten, weil sie die Wohnung dann nicht mehr halten können und günstigere Wohnungen schlichtweg nicht zur Verfügung stehen. Da sind die alleinerziehenden Mütter, bei denen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete benötigt wird.

Wenn Menschen etwa 30 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Miete ausgeben müssen, wird es kritisch. Nach einer Umfrage der Süddeutschen Zeitung ist das bei fast 30 Prozent der Haushalte gegeben. Bei einem Haushaltseinkommen von unter 4.000 Euro liegen schon 44 Prozent unter dieser Schwelle. Je geringer das Einkommen wird, desto dramatischer wird die Situation. Hinzu kommen noch viele Haushalte, die derzeit noch eine akzeptable Miete zahlen, die aber gerne der Wohnsituation entfliehen möchten, dies aber nicht können. Da bleibt man in der Studentenbude wohnen, da erträgt man den Lärm einer Straße, da wohnen Menschen mit ihren ehemaligen Partnern zusammen, obwohl sie sich schon längst nicht mehr ertragen. Die Kündigung einer bezahlbaren Wohnung treibt Menschen in die Verzweiflung.

Für uns alle muss klar sein, dass bezahlbarer Wohnraum einen Standortvorteil für Niedersachsen bedeutet. Noch kennen wir keine extremen Situationen in

Niedersachsen wie in Hamburg, München oder Berlin. Im Umland von Hamburg und Bremen erleben wir aber jetzt gerade eine Verschärfung der Lage. In Lüneburg erleben wir gerade die Verlagerung – besser gesagt, die Erweiterung des Hamburger Wohnungsmarktes.

Anrede,

eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus bedeutet zwangsläufig auch, dass dieser durch Gemeinwesenarbeit und ein entsprechendes Quartiersmanagement begleitet werden muss. Die SPD setzt sich für ein gutes Zusammenleben, für eine gute Nachbarschaft ein. Daher wünschen wir uns, die derzeitige Gemeinwesenarbeit zu verstätigen.

Ich bin der Bundesregierung dankbar für die Initiative und ich bin Ihnen, Herr Minister, dankbar für Ihre Ausführungen, da Sie bereit und gewillt sind, sich diesen Situationen mit ganzer Kraft entgegen zu stellen.

Vielen Dank.